

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

2023-2	InformationsBrief	Seite
Editorial	<i>Pfr. Dieter Kuller</i>	2
	„Fürchte dich nicht, du kleine Herde“ <i>Pfr. Dieter Kuller</i>	2
	Jeder Mensch ist von Gott vorherbestimmt <i>Pfr. Klaus Göttler</i>	4
	Mitgliederverlust: Wie die Kirche der Zukunft aussieht <i>Pfr. Alexander Garth</i>	7
	Gleichstellungspolitik schwächt Kinder und Gesellschaft <i>Bolko v. Bonin</i>	11
	Bundesbehörde will Indoktrination in Schulen <i>Hedwig v. Beverfoerde</i>	13
	Nachrichten	14
	Glaube, Bibel und Bekenntnis	14
	„Die Taufe ist das Herzstück des christlichen Glaubens“	14
	Kirche	15
	Landeskirchen und Gemeinschaftsbewegung sind nur gemeinsam stark.....	15
	Austritte aus den Landeskirchen 2022 stark gestiegen	16
	Nicht verkrampt am Prinzip der Volkskirche festhalten	17
	Konservative Anglikaner sagen sich von ihrem Oberhaupt los.....	18
	Ehe und Familie	19
	ABC: Ehe wird verramscht	19
	„Entbindende Person“ statt Mutter	20
	Lebensschutz	20
	Abtreibungszahlen in Deutschland steigen um zehn Prozent	20
	3.900 Teilnehmer beim „Münchner Marsch fürs Leben“	21
	Lebensrechtler kämpfen weiter für Hochschulgruppe	22
	Evangelischer Kirchentag schließt Lebensschützer aus	23
	Spanien: Juristischer Erfolg für Lebensschützer in Spanien	24
	Portugal: Parlament legalisiert aktive Sterbehilfe.....	25
	Niederlande: Sterbehilfe erreicht neues Rekordniveau	26
	Gender-Ideologie	27
	Fall Kentler: EKD gibt Studie in Auftrag	27
	Geschlechtsdefinition an der Biologie festmachen.....	27
	Schweiz und andere Länder: Verbot von Geschlechtsumwandlungen gefordert.....	28
	Aufgelesen	30
	(FAZ) USA: Die Bibel aus Schulen und Bibliotheken verbannen?	30
	Veranstaltungshinweise	30
	Literaturhinweis	31
	In eigener Sache, Impressum	32

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kirchengaustritte steigen weiter und die Kirchenleitungen beraten über Konsequenzen. Pfarrstellen werden abgebaut. Bei wachsenden Austrittszahlen gehen auch die Einnahmen zurück, die Staatsleistungen an die Kirchen geraten in die Diskussion, die Synoden entwickeln Sparprogramme. Wie gehen wir als Kirchenmitglieder mit dieser Situation um? Mein Beitrag versucht eine biblisch begründete Antwort.

Wie üblich finden Sie im Infobrief ein breites Spektrum der Nachrichten von Kindergleichstellung bis zur Genderideologie. Viele der aufgenommenen Artikel signalisieren das Ende der Volkskirche. Darauf müssen wir uns wohl einstellen. Aber auch wenn die Gemeinden kleiner werden, seit Pfingsten gilt die Verheißung Jesu: *„Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, der auf euch kommen wird, und werdet meine Zeugen sein bis an das Ende der Erde“* (Apg 1,8). Auf diese Kraft können wir vertrauen. Gott sei Dank!

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

„Fürchte dich nicht, du kleine Herde“

„Die Zahl der Protestanten in Deutschland rutscht unter 20 Millionen“ (SZ), „Beim Münchner Kreisverwaltungsreferat treten täglich bis zu 150 Menschen aus der Kirche aus“ (MSoBl), „Stiller Abschied“ (SZ), „Sag zum Abschied leise Amen“ (SZ), „Die Selbstmarginalisierung des Christentums“ (IDEA), „Die Austrittswelle wächst weiter“ (SZ).

Wir kennen diese oder ähnliche Überschriften. Entsprechend mehren sich die Versuche, den Niedergang der Kirchen aufzuhalten. Fast täglich erscheinen Untersuchungen über Gründe und Folgen der Austrittswelle. In der evangelischen Kirche folgt ein Reformprogramm auf das nächste, kirchliche Zukunftskonferenzen melden sich zu Wort. All das ändert aber nichts daran, dass sich der Kirchenschwund weiter beschleunigt.

Manche versuchen die Kirche durch niederschwellige Angebote wie Ausstellungen, Musikaufführungen und spezielle Segnungsangebote wie „einfach heiraten“ ohne aufwendige Vorbereitungen, attraktiver zu machen. Ob durch derartige Events der Abwärtstrend gebremst wird darf bezweifelt werden.

Die erste Austrittswelle

Inzwischen blicken wir auf rund 2000 Jahre Kirchengeschichte zurück, in denen die Kirche sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht hat.

Auch in früheren Zeiten gab es geringe Akzeptanz und Austritte aus den Kirchen. Von einer ersten Austrittswelle lesen wir schon im Neuen Testament im Johannesevangelium. Im 6. Kapitel erfahren wir: *„Von da an wandten sich viele seiner Jünger ab und gingen hinfort nicht mehr mit ihm“* (Joh 6,66). Was war geschehen? Jesus war mit seinen 12 Jüngern nach Kapernaum gekommen und predigte in der Synagoge über das Abendmahl (Joh 6,59). Für einige seiner Jünger war das „eine harte Rede“. Sie wandten sich ab und folgten ihm fortan nicht mehr nach. Interessant ist hier nun die Reaktion Jesu. Er unternimmt nichts, um die Abtrünnigen zurückzuhalten. Stattdessen fragt er die zwölf Verbliebenen: *„Wollt ihr auch weggehen?“* Da antwortete ihm Simon Petrus: *„Herr, wohin sollen wir gehen? Du hast Worte des ewigen Lebens; und wir haben geglaubt und erkannt: Du bist der Heilige Gottes“* (Joh 6,68f). An dieser Situation, wie sie Jesus erlebt hat, hat sich bis heute nichts geändert. Da sind die, die Jesus nachfolgen aber sich nach einiger Zeit wieder von ihm abwenden. Jesus beschreibt sie in seinem Gleichnis vom Sämann (Mk 4,3-7). Ihnen gegenüber stehen diejenigen, die bei Jesus bleiben, auch wenn es gefährlich wird. Jesus sagt, was das bedeutet: *„Wer nun mich bekennt vor den Menschen, zu dem will ich mich auch bekennen vor meinem Vater im Himmel. Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den will ich auch verleugnen vor meinem Vater im Himmel“* (Mt 10,32 f).

Die kleine Herde

Nach wie vor gilt die Einladung Jesu: *„Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken“* (Mt 11,28). Sie gilt ausnahmslos für alle, die sein Joch, das sanft und leicht ist, auf sich nehmen wollen (Mt 11,30). Im Gleichnis vom Weinstock zeichnet Jesus ein tröstliches und zugleich realistisches Bild der Gemeinde: *„Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und ich in ihm, der bringt viel Frucht; denn ohne mich könnt ihr nichts tun“* (Joh 15,5). Die Gemeinde braucht die Verbindung zu Jesus. Wenn die gegeben ist, dann gilt noch ein anderes Jesuswort: *„Fürchte dich nicht, du kleine Herde! Denn es hat eurem Vater wohlgefallen, euch das Reich zu geben“* (Lk 12, 32). Jesus nennt die Gemeinde die „kleine Herde“ und trifft damit genau unsere Situation. Wir sind als christliche Gemeinde kein verlorener Haufen in feindlicher Umwelt, wir sind von Gott beschenkt mit dem Reich Gottes. Er ist unser Vater, wir gehören zu ihm, wir stehen unter seinem Schutz.

Jesus bestärkt gerade die „kleine Herde“ in ihrer Gewissheit, dass sie als die Gemeinde Gottes von ihm beschenkt ist. *„Es hat eurem Vater wohlgefallen, euch das Reich zu geben“*.

Natürlich ist es eine Anfechtung, wenn immer mehr Menschen die Kirche verlassen und die, die sich noch zu ihr halten, verspottet und in vielen Ländern verfolgt werden. Die „kleine Herde“ ist aber kein Zeichen für das Ende, sondern offensichtlich ein notwendiger Abschnitt in der Geschichte der Kirche. Jesus wusste aus eigener Erfahrung, dass seine Predigten keineswegs immer und überall Zustimmung fanden. Das war auch die Erfahrung seiner Jünger und das gilt bis heute. Martin Luther spricht ausdrücklich von der „leidenden Kirche“ und vom „Christenstand als Leidensnachfolge“ (WA V, 177; u. www.lgm-info.de ⇒ Infobrief 2023-1, S. 4 ff).

Die Frage, die Jesus vor 2000 Jahren seinen Jüngern gestellt hat steht noch immer im Raum: *„Wollt ihr auch weggehen?“* Viele stimmen heute wie damals mit den Füßen ab, gehen weg und verlassen die Schutzzone der „kleinen Herde“ und ihren „guten Hirten“ (Joh 10). Anders Petrus, er nennt den Grund, warum er damals nicht wegging: *„Du hast Worte des ewigen Lebens“*. Die Verheißungen Jesu gelten denen, die bei ihm bleiben. Von ihnen sagt der gute Hirte: *„Meine Schafe hören meine Stimme, und ich kenne sie und sie folgen mir; und ich gebe ihnen das ewige Leben, und sie werden nimmermehr umkommen, und niemand wird sie aus meiner Hand reißen“* (Joh 10,27 f). Unsere Antwort:

Ich steh in meines Herren Hand und will drin stehen bleiben;
nicht Erdennot, nicht Erdentand soll mich daraus vertreiben.

Und wenn zerfällt die ganze Welt, wer sich an ihn und wen er hält,
wird wohlbehalten bleiben. (EG 374,1) D. K.

Jeder Mensch ist von Gott vorherbestimmt Pfr. Klaus Göttler (IDEA) In der IDEA-Serie „Schwierige Bibelstellen“ beantworten Theologen Fragen der Leser zu komplizierten Versen der Heiligen Schrift. Zu Röm 8,28–30 fragt eine Leserin:
„Bei mir hinterlässt diese Bibelstelle immer den Eindruck, dass ‚manche Menschen‘ von Gott einfach schon ‚vorher berufen; vorherbestimmt‘ sind, selig/gerettet/verherrlicht zu werden, ohne darauf gewissermaßen ‚einen Einfluss‘ zu haben. Mir ist klar, dass es bei Gott nicht so gemeint ist, wie ich denke – aber ich komme damit einfach nicht klar. Vielleicht geht es ja anderen ähnlich.“

Es gibt harte Nüsse in der Bibel, die nicht einfach zu knacken sind. Röm 8,28–30 ist ein Bibeltext, der bei manchen Lesern eine Reihe von Fragezeichen hinterlässt:

„Wir wissen aber, dass denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen, denen, die nach seinem Ratschluss berufen sind. Denn die er ausersehen hat, die hat er auch vorherbestimmt, dass sie gleich sein sollten dem Bild seines Sohnes, damit dieser der Erstgeborene sei unter vielen Brüdern. Die er aber vorherbestimmt hat, die hat er auch berufen; die er aber berufen hat, die hat er auch gerecht gemacht; die er aber gerecht gemacht hat, die hat er auch verherrlicht.“

Bedeutet das, dass das Heil eines Menschen gewissermaßen von Gott vorherbestimmt ist? Hat ein Mensch darauf gar keinen Einfluss? Gibt es vielleicht sogar Menschen, die gerne Christen sein würden, aber nicht dazu bestimmt sind?

Wenn wir solche Verse lesen, fällt immer wieder das Wort „Prädestination“ (Vorherbestimmung). Ist das Heil eines Menschen vorherbestimmt? Gibt es eine Gruppe von Menschen, die von Gott – nach welchen Kriterien auch immer – für das Heil auserwählt wurde? Und was ist mit den anderen Menschen, die nicht zu dieser Auswahl gehören?

100 Prozent Jesus und 100 Prozent wir!

Um die Verse aus Röm 8 zu verstehen, lohnt sich ein Blick in den Kontext des gesamten Briefes. Der Römerbrief ist so etwas wie das geistliche Testament des Paulus. In Kapitel 3 formuliert Paulus das, was Martin Luther Jahrhunderte später in seinen berühmten 4 „Soli“ aufgenommen hat: sola fide (allein aus Glauben), sola gratia (allein aus Gnade), solus Christus (allein Jesus) und sola scriptura (allein die Schrift).

Wir können zu unserem Heil nichts beitragen. Es ist nicht so, dass Christus 99% unseres Heils geregelt hat und wir dann mit unserem „Ja“ noch das restliche Prozent dazulegen. 100% Jesus! So verstehe ich die Bibel und 100% wir! Wie sollten wir auf das Geschenk des Glaubens sonst reagieren als mit einem herzlichen „Ja“ zu Jesus? Wir sind zu 100% darauf angewiesen, dass Jesus uns mit Gott versöhnt. Das ist sein erklärter Wille. Dafür kommt er in die Welt und nimmt das ganze Himmelfahrtskommando der Kreuzigung auf sich.

Der Weg steht jedem Menschen offen

In Vers 31 lesen wir: „Ist Gott für uns, wer kann wider uns sein? Der auch seinen eigenen Sohn nicht verschont hat, sondern hat ihn für uns

alle dahingegeben – wie sollte er uns mit ihm nicht alles schenken?“ So konsequent ist Gottes Einsatz und seine Liebe zu verstehen. Dieser Einsatz gilt nicht nur einigen Auserwählten: „Gott will, dass allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen.“

Wenn Gott will, dass alle Menschen zur Erkenntnis kommen, warum sollte er es dann hier auf einige wenige beschränken? Gott hat den Weg für alle Menschen ermöglicht. Dieser Weg ist absolut verlässlich und steht jedem Menschen offen. Nur so ist es überhaupt möglich, dass ein Mensch auf dieses Geschenk reagieren kann.

Dieser Weg ist nicht zahlenmäßig begrenzt. Es gibt kein von Gott vorherbestimmtes Kontingent von Menschen, die von ihm berufen sind.

Es gibt keinen Heilsautomatismus

Wenn in unserem Abschnitt nun die Rede davon ist, dass Menschen vorherbestimmt sind, dann ist das in diesem Kontext zu verstehen: Jeder Mensch ist von Gott ausersehen und vorherbestimmt. Gott hat alle Menschen im Blick, und er will das Heil für alle Menschen.

Doch obwohl Jesus jeden Menschen dazu bestimmt hat, gibt es die schmerzhafteste Tatsache, dass es Menschen gibt, die das nicht für sich sehen oder in Anspruch nehmen. „Er kam in sein Eigentum; und die Seinen nahmen ihn nicht auf“ (Joh1,11). Das ist die dramatische Realität, auf die Jesus bis heute trifft.

Doch auch wenn es Menschen gibt, die ihn nicht aufnehmen, ist dennoch klar: Es gibt keine Menschen, die gerne zu Jesus gehören würden, denen es aber von Gott aufgrund einer Vorherbestimmung verwehrt wäre. Es gibt keinen Heilsautomatismus. Niemand wird in den Himmel gezwungen. Aber es ist das Herzensanliegen von Jesus, Menschen zu seinem himmlischen Vater zu lieben.

Eine neue Bestimmung

Gibt es also keinen Unterschied in der Erwählung? Doch! Natürlich hat Gott das Volk Israel in besonderer Weise erwählt. Darum drehen sich u. a. die Kapitel 9–11 im Römerbrief. Aber diese Erwählung ist nicht mehr exklusiv. Gottes Wahl fällt auf jeden Menschen.

Auch wenn Israel eine besondere Rolle spielt in der Heilsgeschichte Gottes, so ist jeder Mensch berufen zu einer neuen Bestimmung: Wir sollen unser Leben so gestalten, wie es Jesus entspricht. Ihm ähnlicher zu werden ist das Ziel unseres Lebens. Wir sind herausgerufen, um an

der Seite von Jesus Menschen einzuladen zu diesem einzigartigen Gott, der sich ein für alle Mal in Christus gezeigt hat.

Klaus Göttler ist Generalsekretär des Deutschen Jugendverbandes „Entschieden für Christus“ (EC), der über 40.000 junge Menschen erreicht.

Mitgliederverlust: Wie die Kirche der Zukunft aussieht

Pfr. Alexander Garth

(IDEA) Die EKD gab vergangene Woche die neuesten Daten der Mitgliederentwicklung bekannt. Mit einem Rückgang von 575.000 Mitgliedern – das sind 2,9% – erreicht der Schrumpfungsprozess der EKD einen neuen Rekordwert. Mit 380.000 Ausgetretenen liegt die Zahl ein Drittel höher als im Vorjahr. Hinzu kommen die leicht erhöhten Sterbefälle. Erfreulich ist der Anstieg der Taufzahlen.

Die Religionssoziologie konstatiert für Europa zwei religiöse Megatrends. Der erste ist der Niedergang institutioneller bzw. geerbter Religion. Die Kirchenaustrittswelle wird sich in Zukunft noch verstärken. Die Ära der Volkskirche geht zu Ende. Dieses ererbte kirchliche System ist nicht zukunftsfähig. Es passt nicht in eine offene, liberale Gesellschaft, in der man frei wählt – vom Arzt über den Telefonanbieter bis hin zur Religion.

Das Hauptkennzeichen des Volkskirchenmodells der Vergangenheit besteht darin, dass automatisch jeder Bürger zur Kirche gehörte (Juden hatten einen Sonderstatus). Volk und Kirche bildeten zwei identische Größen. Der Taufzwang sicherte bis in das 19. Jahrhundert die Mitgliedschaft der Bürger in einer Kirche. Religion war etwas, das man übernimmt, etwas, in das man hineingeboren und hineinsozialisiert wird durch Eltern, Taufe, Erziehung und überhaupt durch das gesamte soziale und politische Umfeld.

Mit der Aufklärung und der Romantik begann vor über 200 Jahren ein Prozess, der das gesamte Verhältnis des Menschen zur Religion änderte. Die Menschen entdeckten, dass Religion etwas ist, wofür man sich entscheiden muss. Der Glaube wird zur Option. Genügte es früher, einfach mit der Kirche und mit der Gesellschaft irgendwie an Gott zu glauben, brauchen die Menschen heute Gründe für den Glauben und persönliche Zugänge zum Glauben. Sie müssen als Einzelne gewonnen werden.

Menschen, die den Glauben nicht gewählt haben, weil sie ihn nicht kennen oder weil er ihnen nichts bedeutet, verlassen heute in Scharen

die Kirche. Sie können mit dem Christentum einfach nichts anfangen. Die Religion der Zukunft ist gewählte Religion.

Der modernistische Kurs sorgt für Probleme

Es gibt kaum eine Chance, den Abwärtstrend zu stoppen. Die Kirche versucht zwar, sich den radikal veränderten Bedingungen anzupassen. Sie hat sich neuen einladenden Arbeitsformen zugewandt, ist gesellschaftsoffener, politischer und liberaler geworden, hat sich in ethischen Fragen gesellschaftlichen Trends angepasst und Themen wie Klimawandel und Migration in das Zentrum gestellt.

Das aber konnte den Niedergang nicht aufhalten oder gar umkehren. Im Gegenteil! Durch die Assimilierungs- und Modernisierungsprozesse ist die Kirche vielen treuen Mitgliedern fremd geworden. Einige sind ausgetreten – nicht etwa weil sie den Glauben verloren haben, sondern weil andere Inhalte in den Mittelpunkt der Kirche gerückt sind und sie ihre Kirche wenig glaubensstärkend erleben, dafür aber verunsichernd in wichtigen Glaubens- und Lebensfragen. Der modernistische Kurs der EKD hat ein enormes Seelsorgeproblem geschaffen.

Softreligion der Säkularisierung

Es war die Erwartung, dass moderne und junge Menschen den Zugang zu Kirche und Glauben finden, wenn zeitgemäße Themen die Arbeit der Kirche bestimmen und wenn all das, was heutige Menschen am Glauben anstößig finden, beseitigt oder wenigstens uminterpretiert wird. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Religion der Zukunft sanft und moderat sein muss, pluralistisch und nicht exklusiv, spirituell, aber nicht dogmatisch, den Menschen bestätigend, nicht hinterfragend, eine gefällige Religion, die sich an die Erwartungen der Gesellschaft anpasst und keine Forderungen an die Gläubigen stellt. Indes belegen religionssoziologische Studien, dass diese Form von Softreligion der Säkularisierung kaum etwas entgegenzusetzen hat. Zwar stößt eine angepasste Kirche auf mehr Wohlgefallen in der Gesellschaft. Gleichzeitig macht sie sich überflüssig, weil sie nur bestätigt, was eh geglaubt wird. Die Anpassung der Kirche an säkulare Ideologien bewirkt die allmähliche Auflösung der Kirche.

Die Kirche Jesu gedeiht

Der Niedergang der Volkskirche ist unumkehrbar. Er beschleunigt sich eher, wenn die Kirche durch Anpassung attraktiv sein will. Sie wird attraktiv, wenn sie sich erneuert aus ihrem Zentrum und Ursprung heraus und wenn sie eine Alternative wird für Menschen, die Orientie-

rung, Sinn, Gemeinschaft und Gotteserfahrung in einer bedrohlichen Wirklichkeit suchen.

Im Übrigen: Mit dem Untergang der Volkskirche geht keineswegs die Kirche Jesu unter. Die gedeiht besser unter anderen Bedingungen und mit einem anderen Betriebsmodell, wie wir an dem weltweiten Aufbruch des Christentums erkennen können.

Der zweite Megatrend ist der Aufschwung individueller bzw. gewählter Religion. Für die Zukunft der Kirche heißt das: Sie muss um Menschen werben, um ihre Aufmerksamkeit und ihr Engagement. Die Kirche der Zukunft muss etwas tun, das sie in der Vergangenheit vernachlässigte, nämlich dass Menschen sich für den Glauben entscheiden in Auseinandersetzung mit anderen weltanschaulichen Optionen, z. B. Atheismus, Buddhismus, Esoterik oder Islam. Das geerbte Religionssystem, das daran gewöhnt war, dass die Leute einfach da sind, ist überfordert mit dieser neuen Situation.

Nur missionarische Kirche hat eine Chance

Und das bedeutet, dass die Kirche einen Paradigmenwechsel vor sich hat von institutioneller Religion zu gewählter Religion, eine umfassende Neuformatierung von religiöser Grundversorgung ihrer Mitglieder hin zur Sendung in die Welt. Es geht nicht mehr so sehr darum, Kirchenmitglieder zu betreuen und zu verwalten, sondern darum, dass sie zu Zeugen und Botschaftern des Evangeliums werden.

Die Kirchen haben eine komplette Neuausrichtung ihrer Arbeit, ihrer Kommunikation, ihrer Kultur vor sich, wenn sie nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden wollen. Die meisten Kirchenleute bewegen sich mental und praktisch noch ganz im alten volkskirchlichen Setting. Sie merken zwar, dass die Arbeit schwer geworden ist. Nicht wenige verzweifeln an der gefühlten Fruchtlosigkeit ihres Tuns. Andere nehmen den kirchlichen Niedergang hin als unabwendbare Folge der Säkularisierung.

Die Neuformatierung geht in Richtung missionarische Kirche: Ortsgemeinden, die Menschen für den Glauben begeistern können, die das Evangelium hineinkommunizieren in die Kultur der gesellschaftlichen Milieus.

Jesus ist die Mitte der Kirche

Die erste Reaktion der EKD auf die neuen Mitgliederzahlen ist die Einführung eines bundesweiten Taufestes, da die Taufe „das Herzstück des christlichen Glaubens“ sei, so die EKD-Ratsvorsitzende Annette

Kurschus. Taufe ist eine Handlung der Kirche, durch die ein Mensch hineingenommen wird in den Bund mit Jesus Christus. Er, und kein Sakrament, ist das alles bestimmende Zentrum des Glaubens, der Schlussstein im Gewölbe, der den gesamten Bau zusammenhält.

Wenn der Schlussstein herausfällt, kollabiert das gesamte Bauwerk. Jesus ist die alles entscheidende Mitte der Kirche. Ohne diesen Hauptstein gibt es keine Kirche, keine Gotteskindschaft, kein Reich Gottes, kein Christentum.

Christliche Spiritualität ist Jesus-Frömmigkeit. Christliches Leben ist Lebensgemeinschaft mit Jesus, das Ergreifen dessen, was Jesus für mich und für alle getan hat. Christliche Kirche ist die Gemeinschaft derer, die durch Glauben und Taufe zu ihm gehören. Der Aufbruch der Kirche geschieht aus diesem Zentrum heraus, oder es gibt ihn nicht. Jesus ist die Faszination.

Die Leute finden Kirche nicht toll. Unser Auftrag besteht darin, den groß herauszubringen, der alles für die Kirche und die Welt gegeben hat. Es genügt nicht, zur Kirche einzuladen. Der Auftrag ist vielmehr, die Menschen zu rufen, Jesus nachzufolgen. Die Kirche ist Gottes Werkzeug, das Christusheil in Wort und Tat der Welt zu bringen. Wenn die Kirche ihre Berufung angeht, tritt der Heilige Geist hinzu und schenkt reichlich Frucht.

Den lebendigen Jesus ins Zentrum rücken

Ansätze für diesen Aufbruch des Glaubens machen sich bemerkbar, wenn beispielsweise Annette Kurschus aus der EKD-Mitgliedererhebung folgert: „Sie ist zugleich der Auftrag, die Hoffnungsbotschaft des Evangeliums noch stärker ins Zentrum zu rücken und auf sie zu setzen.“ Wenn sie damit meint, dass im Zentrum keine religiöse Hoffnungstheorie steht, sondern eine lebendige Person, nämlich Jesus, der Auferstandene, der von Gott gekommene „Retter von Sünde, Tod und Teufel“ (Luther), dann weist sie auf den hin, der die Quelle von Leben, Vitalität und Dynamik des Glaubens ist.

Nur mit Jesus im Zentrum können wir glaubwürdige christliche Religion anbieten. Er und seine Lebendigkeit ist die einzige Hoffnung der Kirche. Er sagt: „Ich will meine Gemeinde bauen, und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwinden.“

Pfr. Alexander Garth, ist Beauftragter der Evangelischen Allianz für Theologie, Evangelisation und Gemeindeentwicklung.

Gleichstellungspolitik schwächt Kinder und Gesellschaft

Bolko v. Bonin

Biblische Grundlage:

Und Gott schuf den Menschen ... als Mann und Frau und segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch ... (1.Mose 1,27-28). Doch im Herrn ist weder die Frau ohne den Mann, noch der Mann ohne die Frau, denn wie die Frau von dem Mann, so ist der Mann durch die Frau, aber alles von Gott. (1.Kor 11,11-12).

Nach der Bibel sind Mann und Frau nicht gleich und austauschbar; sondern sie ergänzen sich – konditioniert durch spezifische Hormone - mit ihren unterschiedlichen Anlagen in unterschiedlichen Aufgaben.

Politisch gewollte Gleichstellung von Frauen mit Männern

Die Politik geht mit der über Gleichberechtigung folgens schwer hinausgehenden Gleichstellung von Männern und Frauen einen der Natur, den Erfahrungen und der Bibel zuwiderlaufenden Weg.

EU und Bundesregierung verfolgen damit zwei strategische Ziele:

1. Frauen sollen bei rückläufiger Bevölkerung mit möglichst wenigen Pausen als Arbeitskraftreserve aktiviert werden.
2. Deshalb sollen für Kinder ausreichend Krippen- und Kindergartenplätze bereitgestellt werden. Ganz nebenbei kommen Ideologen auch ihrem Ziel näher: „die Lufthöhe über den Kinderbetten (zu) erobern“ (Olav Scholz 2002 als Generalsekretär der SPD).

Kurzfristig mag diese Politik den aktuellen Problemen entgegenwirken, aber langfristig schadet sie der Gesellschaft durch erhebliche Beeinträchtigung der Potentiale nachwachsender Kinder (s.u.).

Gleichberechtigung von Mann und Frau ist bei uns gesetzlich im § 3 GG verankert – sie zielt auf Chancengleichheit.

Frauen müssen auch im Berufsleben – wenn sie wollen - die gleichen Aufstiegschancen haben wie Männer. Aber das Wohl und das Entwicklungspotential der Kinder müssen klar Vorrang haben – auch um der Zukunft unserer Gesellschaft willen.

Die Arbeit als Mutter wird in unserer Gesellschaft jedoch wenig wertgeschätzt, da sie unbezahlt ist und im Bruttoinhaltsprodukt (BIP) nicht berücksichtigt wird. Warum eigentlich nicht, denn sie ist essentiell für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

In diesen Kontext gehören die Wohlstandsansprüche in unserer Gesellschaft (Konsum, Größe und Qualität der Wohnung, Zweitautos, kostspielige Urlaube) sowie politische Fehlanreize, die dazu führen,

dass für den Lebensunterhalt ihrer Familie häufig die Einnahmen beider Ehepartner wünschenswert oder gar nötig sind.

Gleichstellung in allen Belangen hingegen, ist sehr problematisch: sie zielt auf Ergebnisgleichheit ohne Beachtung fundamentaler Unterschiede natürlicher Gegebenheiten. So z.B. denken und empfinden Frauen und Männer hormon- und evolutionsbedingt unterschiedlich. Natürlich können Frauen im Beruf so leistungsfähig wie oder auch besser sein als Männer und spezifisch weibliche Eigenschaften können in Forschung, Wirtschaft und Verwaltung förderlich sein. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen aber, dass die Wünsche der Frauen nach Vollzeitbeschäftigung und Führungsverantwortung sehr unterschiedlich ausgeprägt sind: Danach streben nur 20% der Frauen gleiche Karrieren an wie Männer. Die große Mehrheit will flexibel sein – z.B. für die Familie und soziale Aktivitäten (www.lgm-info.de ⇒ Infobriefe ⇒ 2022-3 ⇒ Frauen zwischen Muttersein und Beruf).

Aus der Aufgabe, Gleichberechtigung von Männern und Frauen durchzusetzen, sind Kampagnen zur Nivellierung von Geschlechterunterschieden geworden.

Kinder

In Deutschland werden 1,4 - 1,5 Kinder je Frau geboren. 2022 kamen auf 12,6 Sterbefälle je 1000 Einwohner nur 8,8 Geburten. Ein solches Geburtendefizit kann eine Gesellschaft auf Dauer nicht verkraften. Es kann auch durch Zuwanderung nicht ausgeglichen werden, die oft mit großen Problemen einhergeht, wenn sie nicht bedarfsorientiert gesteuert wird. Es ist daher sinnvoll, die Ehe von Mann und Frau vor anderen Paarformen zu begünstigen, weil sie auf Nachwuchs angelegt ist.

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht (§ 6 Abs.2 GG). Dass die Gesellschaft sie dabei schützt und unterstützt (Abs. 4), ist sinnvoll und gerecht. Sie könnte die Betreuung der Kinder durch deren Eltern sogar kostenneutral ermöglichen, wenn sie den Eltern die der öffentlichen Hand durch Nichtinanspruchnahme eines Krippenplatzes ersparten Kosten für mindestens drei Jahre auszahlen würde. Mehr wäre aber durchaus gerechtfertigt. Das käme den Kindern und langfristig der ganzen Gesellschaft zugute. Aber die öffentliche Hand ist an Arbeitskräften interessiert - an deren Beitrag zum BIP und an deren Steuern und Sozialabgaben - zu Lasten der Langfristperspektive. Sie fördert daher die Betreuung von Kindern ab dem Säuglingsalter in Krippen

und später dann in Kindergärten. Letzteres ist meist sinnvoll. Aber für Kleinkinder bis etwa drei Jahre ist die Ganztageskrippe keine gute, sondern eine Notlösung. Denn nach wissenschaftlichen Erkenntnissen hat eine stabile Beziehung des Kleinkindes zur Hauptbezugsperson eine sehr große Bedeutung für dessen Entwicklung. Unter normalen Umständen ist die Mutter die Idealbesetzung, weil sie – anders als eine Ersatzperson – dauerhaft verfügbar ist und bereit zur aufopfernden Hingabe für das Kind. Eine angestellte Ersatzperson kann das auch bei großem Engagement nicht leisten, weil sie sich um mehrere fremde Kinder kümmern und im Urlaub sowie bei Krankheit und Kündigung durch eine andere Person ersetzt werden muss.

Wissenschaftler weisen warnend darauf hin, dass Krippenkinder durch Fremdbetreuung hohem Stress ausgesetzt sind – je kleiner umso mehr. Stress behindert das Hirnwachstum und die Bildung neuronaler Verbindungen, und so bleiben Krippenkinder häufig deutlich unter ihrem Potential. Mit zunehmender Nutzung von Krippen sind Sprachdefizite, Verhaltensauffälligkeiten und Beziehungsprobleme bei solchen Kindern stark angestiegen (Gehirnforscher Prof. Dr. Manfred Spreng). Bei Kindern aus dysfunktionalen Familien kann jedoch frühe außerfamiliäre Betreuung dennoch sinnvoll sein.

Um frühkindliche Fremdbetreuung zu beschönigen, hat man aus der „frühkindlichen Bindung“ die „frühkindliche Bildung“ gemacht.

Bundesbehörde will Indoktrination in Schulen

(Hedwig Frfr. v. Beverfoerde)

Die unwissenschaftlich-ideologischen Transgender-Arbeitsblätter zur Geschlechtervielfalt in NRW könnten bald allgemeiner Standard in Schulen werden. Denn das Hindernis gegen die Indoktrination von Kindern in Kitas und Schulen soll offenbar zu Fall gebracht werden:

In einer neuen Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), einer Behörde des Bundesinnenministeriums, wird die Aufkündigung des Beutelsbacher Konsens gefordert.

Der Beutelsbacher Konsens regelt seit über 50 Jahren die Grundprinzipien für politische Bildung in der Schule. Diese Prinzipien lauten:

1. Überwältigungsverbot, d.h. Schüler dürfen nicht indoktriniert werden.
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

3. Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, und sich am politischen Prozess zu beteiligen.

Die Broschüren-Autoren des links-progressiven Pädagogik-Vereins I-Päd, von denen zwei führende Politiker einer linken Berliner Kleinpartei sind, halten vom Beutelsbacher Konsens nichts. Sie behaupten, dessen *„vermeintliche Neutralität führt dazu, dass diskriminierende Strukturen normalisiert, legitimiert, aufrechterhalten oder verstärkt werden. Im Gegensatz dazu sind wir der Ansicht, dass politische Bildner*innen gegenüber (...) diskriminierenden und menschenfeindlichen (...) Positionen klar Stellung beziehen, also parteilich sein müssen“*.

Mit anderen Worten: Den Schülern sollen künftig einseitig progressive politische Positionen im Unterricht beigebracht werden. Gegen den Beutelsbacher Konsens wird bereits seit Jahren vielfach verstoßen. So werden Kinder bereits in der Grundschule (und früher) mit unterschiedlichsten „geschlechtlichen Identitäten“, sexuellen Praktiken und „Orientierungen“ konfrontiert. Ihnen werden unbewiesene Behauptungen als wissenschaftliche Tatsachen vorgesetzt, so z.B., dass es mehr als zwei Geschlechter gäbe. Die Einnahme von Pubertätsblockern sowie Geschlechts-OPs werden als ungefährliche und harmlose Prozesse dargestellt, u.v.a.m.

Wenn jetzt aber der Beutelsbacher Konsens in einer Veröffentlichung der Bundesbehörde bpb zum Abschluss freigegeben wird, ist eine gefährliche Stufe erreicht. Diesen Rückfall in Zeiten indoktrinierender Staatsbürgerkunde dürfen wir nicht zulassen.

Nachrichten

Glaube, Bibel und Bekenntnis

„Die Taufe ist das Herzstück des christlichen Glaubens“

(IDEA) - Die evangelische Kirche will sich auch im Blick auf die Taufe künftig noch stärker engagieren. „Die Taufe ist das Herzstück des christlichen Glaubens“, so Kurschus. Dabei sage „Gott dem Menschen buchstäblich auf den Kopf zu, ihn ein Leben lang zu begleiten“.

Die evangelische Kirche hat in diesem Jahr am 24. Juni erstmals einen bundesweiten Tauftag gefeiert. Unter #deinetaufe lud sie an diesem Tag zu Tauffesten und Taufgottesdiensten ein. Sie richten sich auch an die Menschen, die während der Corona-Jahre keine Gelegenheit hatten, Taufe zu feiern.

Kirche

Landeskirchen und Gemeinschaftsbewegung sind nur gemeinsam stark

(IDEA) – Das betonte der Leiter der Abteilung „Kirchliche Handlungsfelder“ im Kirchenamt der EKD Johannes Wischmeyer beim 7. „Forum Pietismus“ der „ChristusBewegung Lebendige Gemeinde“ in Württemberg am 4. Februar. Dazu waren rund 120 Besucher in die Evangelische Brüdergemeinde Korntal gekommen.

Wischmeyer warb für eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche. Schließlich seien überall starke „Säkularisierungstendenzen“ und eine „Abwanderung“ in die Religionslosigkeit zu erkennen. Das betreffe auch pietistische Gemeinschaften und Freikirchen.

In einer zunehmend pluralen Gesellschaft müsse man die Menschen von der „verlässlichen Güte“ des eigenen Handelns überzeugen. Deshalb sollten die einzelnen kirchlichen Träger wie die Landeskirche, die Diakonie oder der Pietismus „gemeinsam evangelisch“ agieren.

Von den Gemeinschaftsverbänden könne man dabei lernen, was „Zukunft in der verfassten Kirche“ sein werde. Wischmeyer nannte als Beispiel die starke Rolle der Ehrenamtlichen im Pietismus. Es sei deshalb wichtig, den Verbänden und freien Werken mehr Spielräume zu gewähren, was innerhalb der EKD-Gliedkirchen bereits schrittweise umgesetzt werde. Die badische Landeskirche sei in diesem Zusammenhang mit einem im Oktober 2022 verabschiedeten Gesetz, das besonderen Gemeindeformen mehr Autonomie gewährt, bereits „ganz weit vorn“.

Die Kirche braucht Absolventen nichtstaatlicher Hochschulen

Laut dem Vorsitzenden der ChristusBewegung Lebendige Gemeinde, Pfarrer Friedemann Kuttler ist im Verhältnis von Kirche und Pietismus mehr Einheit und Vertrauen notwendig. „Dabei ist die Lehre vom auferstandenen Jesus Christus das Zentrum unseres Glaubens, das eint uns.“ Wichtig sei, dass man zusammen auf das biblische Wort höre. Einheit brauche letztlich Vertrauen und Vergebungsbereitschaft und entstehe durch das gemeinsame geistliche Leben. Dabei könne Einheit auch Freiheit aushalten. Freiheit benötige man dagegen, um neue Wege gehen zu können.

In diesem Zusammenhang lobte Kuttler den Beschluss der Landessynode vom November 2022, den Zugang zum Pfarramt für Absolventen

staatlich anerkannter Hochschulen wie der Internationalen Hochschule Liebenzell (IHL) zu öffnen. Es möge manche innerhalb der evangelischen Kirche „Kraft kosten, auch hier über den eigenen Schatten zu bringen. Aber es braucht jetzt die Umsetzung und kein Herumlavieren oder Herausreden.“ Denn dieser Schritt sei aus seiner Sicht längst notwendig, um dem Pfarrermangel zu begegnen.

Austritte aus den Landeskirchen 2022 stark gestiegen

(IDEA) – Die Austritte aus den evangelischen Landeskirchen haben im vergangenen Jahr stark zugenommen. Das geht aus aktuellen Angaben der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hervor. Die Zahl der Ausgetretenen lag bei 380.000 (Stichtag 31. 12.2022). Das ist ein gutes Drittel mehr (35,7%) als im Vorjahr (280.000). 2020 waren es fast 220.000 Austritte. Die Zahl der Aufnahmen liege mit rund 19.000 auf Vorjahresniveau.

Mitgliederzahl auf gut 19 Millionen gesunken

Der Mitgliederrückgang hat sich verstärkt. Ende vergangenen Jahres gehörten 19,15 Millionen Personen einer der 20 EKD-Gliedkirchen an (2021: 19,725 Millionen). Das entspricht einem Rückgang um 2,9% gegenüber 2021. Im Jahr davor betrug das Minus 2,6%

Ein wesentlicher Faktor für die Mitgliederverluste sei neben den Austritten die weiter hohe Zahl der Sterbefälle, so die EKD. Sie liege mit 365.000 leicht über der des Vorjahres. Einen deutlichen Anstieg um 37% im Vergleich zu 2021 habe es bei den Taufen gegeben. Sie hätten mit 165.000 wieder das Niveau der Vor-Corona-Jahre erreicht.

Kurschus: Entwicklung ist „bedrückend“

Die EKD-Ratsvorsitzende, Präses Annette Kurschus nannte die jüngste Entwicklung der Mitgliedschaftszahlen „bedrückend“. Dies gelte nicht zuletzt für alle, die sich haupt- und ehrenamtlich in der evangelischen Kirche engagierten. Die Entwicklung sei zugleich aber auch der Auftrag, „die Hoffnungsbotschaft des Evangeliums noch stärker ins Zentrum zu rücken und auf sie zu setzen“.

Laut der Mitteilung bereitet der Ratsvorsitzenden vor allem der Anstieg der Kirchenaustritte Sorge. Laut einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, die 2022 veröffentlicht wurde, spielt für viele Ausgetretene die „Kosten-Nutzen-Abwägung“ ihrer Mitgliedschaft eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung, aus der evangelischen Kirche auszutreten.

Kurschus: „Neben der Schaffung passgenauer Angebote für alle Generationen und Lebensphasen, muss es uns gelingen, auch den Wert deutlich zu machen, den die formelle Mitgliedschaft für unsere Gemeinschaft auf so vielen Ebenen, in der Stadt und auf dem Land und für die Gesellschaft insgesamt hat. Ohne Seelsorge und Diakonie und ohne die gottesdienstlichen und gemeindlichen Angebote in den rund 20.000 Kirchen und Kapellen wäre das gesellschaftliche Klima ein anderes.“

Nicht verkrampft am Prinzip der Volkskirche festhalten

(IDEA) – Eine theologische Neuorientierung der Kirchen hat der Rektor der Internationalen Hochschule Liebenzell (IHL), Prof. Volker Gäckle angemahnt.

Gelegenheit dazu hatte er beim Pfingstmissionsfest der Liebenzeller Mission das am 28. Mai unter dem Motto „Zuversicht“ stattfand. Daran nahmen rund 4.000 Personen vor Ort und 1.000 Zuschauer per Livestream teil. Prof. Gäckle verglich die Situation der europäischen Christenheit mit dem biblischen Gründonnerstag: Genauso wie der Versuch der Jünger falsch gewesen sei, Jesus von seinem Gang ans Kreuz abzuhalten, sollten heutige Christen nicht verkrampft an den Volkskirchen festhalten. „Wir erleben, wie eine 1.500 Jahre alte Form von Kirche zerbricht.“

Auch der Versuch, sich mit „Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ moralisch hervorzuheben, sei ein Fehler. Gäckle: „Wenn wir uns als Kirchen und Gemeinden weiterhin als Retter der Welt aufspielen und uns für alles und jedes verantwortlich erklären, werden wir nicht wachsen.“

Stattdessen brauche es eine „Neuorientierung von Gott her, damit wir die Kraft zum Aushalten dessen finden, was geschehen ‚muss‘.“

Mithilfe guter Theologie könne man „Gottes Weg durch das Sterben und Auferstehen der europäischen Kirchen verstehen und die Wege sehen, die uns Gottes Geist führt.“

„Liebenzell bietet Theologie für alle Fälle“

In Bezug auf die aktuelle Debatte um eine Öffnung des Pfarrberufs für Absolventen freier Hochschulen betonte Volker Gäckle die große Breite an Lehrangeboten der IHL.

Von den Universitäten werde weder evangelikale noch pfingstliche Theologie abgedeckt, „das sind aber die Ströme, die weltweit ein Drittel des Christentums ausmachen“. Bad Liebenzell hingegen biete „Theologie für alle Fälle“. So werde ab dem kommenden Semester

erstmalig ein englischsprachiger Masterstudiengang angeboten. Insgesamt lägen der Hochschule bereits 57 Bewerbungen für das anstehende Studienjahr vor.

Darüber hinaus sagte Gäckle, dass die Liebenzeller Mission weiterhin ein „innerkirchliches Werk“ bleiben werde, auch wenn der Liebenzeller Gemeinschaftsverband den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts anstrebe. Gäckle: „Wir bleiben, was wir sind.“

Die Liebenzeller Mission ist weltweit mit rund 250 Mitarbeitern in 20 Ländern aktiv und gehört zur Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM).

Konservative Anglikaner sagen sich von ihrem Oberhaupt los

(IDEA) – Das theologisch konservative Netzwerk GAFCON in der anglikanischen Kirche (Global Anglican Future Conference) hat sich von der Kirche von England und ihrem Oberhaupt, Erzbischof Justin Welby, losgesagt. Der Erzbischof von Canterbury gilt als Ehrenoberhaupt der weltweiten Anglikanischen Gemeinschaft.

Die entsprechende Erklärung wurde am 21. April auf einer Konferenz in der ruandischen Hauptstadt Kigali verabschiedet, an der 1.302 Delegierte aus 52 Ländern teilnahmen, darunter 315 Bischöfe.

Grund für die Erklärung ist der Beschluss der Generalsynode der anglikanischen Kirche von England, die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare zuzulassen. Sie hatte im Februar einem entsprechenden Vorschlag ihrer Bischofskonferenz zugestimmt. Damit habe die Führung der Kirche von England beschlossen, „die Sünde zu segnen“, heißt es in der Erklärung der GAFCON.

Welby habe durch seine öffentliche Unterstützung für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare einen Verrat an seinen Ordinations- und Weihegelübden begangen. Deshalb sei „seine Führungsrolle in der anglikanischen Gemeinschaft völlig unhaltbar“. Seine Forderung, die Vertreter unterschiedlicher Positionen zur Homo-Segnung müssten in der anglikanischen Gemeinschaft in „guter Meinungsverschiedenheit“ zusammenleben, sei inakzeptabel.

„Wir weisen die Behauptung zurück, dass zwei widersprüchliche Positionen in Fragen des Heils beide gültig sein können“, so die Erklärung. Nach biblischer Lehre dürfe Sexualität nur in einer exklusiven, lebenslangen Ehe zwischen einem Mann und einer Frau stattfinden.

Die Kirchenprovinzen, Diözesen und Kirchenleiter, die sich von dieser biblischen Lehre entfernt hätten, müssten Buße tun. „Wir sehnen uns

nach dieser Umkehr, aber solange sie nicht umkehren, bleibt unsere Gemeinschaft mit ihnen unterbrochen.“

Neue Strukturen ohne Kirche von England

Die führenden Vertreter der GAFCON seien in Kigali mit Vertretern der Gemeinschaft der Anglikanischen Kirchen des Globalen Südens (GSFA) zusammengetroffen.

Zusammen repräsentierten diese beiden Zusammenschlüsse rund 85% der anglikanischen Christen weltweit. Ihre Vertreter seien bei dem Treffen übereingekommen, neue Strukturen einer weltweiten Gemeinschaft ihrer Kirchen aufzubauen, die von der Kirche von England und ihrem Oberhaupt unabhängig seien.

Ehe und Familie

ABC: Ehe wird verramscht

Der Arbeitskreis Bekennender Christen in Bayern (ABC) hat die geplante Aktion „Einfach heiraten“ der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern scharf kritisiert. Sie müsse gestoppt werden, forderte der theologisch-konservative Kreis. Andernfalls werde die „Ehe verramscht“.

Zum Hintergrund: Unter dem Motto „Einfach machen, unkompliziert einen Segen bekommen“ boten am 23. März zwölf Kirchen Paaren für ihre Partnerschaft den Segen Gottes „ohne Vorbedingungen“ an. Laut Landeskirche spielt es dafür „keine Rolle“, ob man standesamtlich verheiratet oder Kirchenmitglied ist. „LGBTQI+ -Paare (lesbisch, gay/schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell sowie weitere Identitäten und sexuelle Orientierungen) sind selbstverständlich willkommen.“ 50 Pfarrer standen an dem Tag für die Aktion bereit.

Kirche als Dienstleister

Laut ABC geht es den Initiatoren offenbar „mit der Heirat im Schnellverfahren nur noch darum, als religiöser Dienstleister wahrgenommen zu werden“. Die Aktion erscheine „wie eine billige Vermarktung des Segens Gottes“, so der ABC-Vorsitzende, Dekan Till Roth.

Für ihn bleibt bei dem Bemühen, neue Wege zu gehen, die Bibel Maßstab allen kirchlichen Handelns. Roth: „Wenn wir den biblischen Zusammenhang von Segen und Ausrichtung des Lebens nach dem Willen Gottes aufgeben, dann werden wir als Kirche nicht dem Auftrag Jesu gerecht.“

Problematisch an dem „Segen to go“ ist ihm zufolge auch, dass der spontan zugesprochene Segen als kirchliche Trauung verstanden

werden soll, wobei weder die Kirchenmitgliedschaft eine Rolle spielen soll, noch ein üblicherweise ausführliches Traugespräch stattfindet.

Schwächung der Ehe zwischen Mann und Frau

Zudem zeigt laut ABC die „Anbiederung der Kirche an die LGBTQI+-Community“, dass der Kompromiss der Landeskirche zur Segnung homosexueller Paare aus dem Jahr 2018 immer weiter ausgehöhlt wird. Zwar habe die Kirche die Segnung homosexueller Paare ermöglicht, zugleich aber an der Unterscheidung zur Ehe von Mann und Frau festgehalten. Der ABC hatte wiederholt vor einer „Schwächung der Ehe“ gewarnt. Die Aktion zeige nun: „Genauso ist es nun gekommen.“

„Entbindende Person“ statt Mutter

(LGM) Am 1. April erschien auf der Online-Seite der Tagesschau ein Artikel über einen Gesetzentwurf der Familienministerin Lisa Paus, der nach der Geburt eines Kindes auch für den zweiten Elternteil zwei Wochen bezahlte Freistellung vorsieht. Statt „Mutter“ wurde „entbindende Person“ gewählt, um niemanden zu diskriminieren.

Es ist erschreckend, wie in Verlautbarungen der Regierung mit dem würde- und gehaltvollem Begriff „Mutter“ umgegangen wird.

Lebensschutz

Abtreibungszahlen in Deutschland steigen um zehn Prozent

(IDEA) - Die Zahl der Abtreibungen in Deutschland ist 2022 um 9,9% gestiegen. Damit erreichte sie den höchsten Stand seit zehn Jahren. Das geht aus einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hervor.

Während 2021 rund 94.600 der gemeldeten Abtreibungen noch auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Statistik gesunken war, stiegen sie 2022 auf 104.000. Höher war sie zuletzt 2012 (106.800 Fälle). Eine klare Ursache für die starke Zunahme lasse sich nicht erkennen, so das Statistische Bundesamt.

Viele Abtreibungen bei jungen Frauen

Wie aus der Statistik außerdem hervorgeht, waren 70% der Frauen, bei denen 2022 eine Schwangerschaft beendet wurde, zwischen 18 und 35 Jahren alt. In drei Prozent der Fälle waren die Schwangeren unter 18 Jahren alt. 19% der Schwangerschaftsabbrüche wurden bei Frauen im Alter zwischen 35 und 38 Jahren vorgenommen, acht Prozent bei Frauen über 40 Jahren. In 41% aller Fälle hatten die Schwangeren vor der Abtreibung noch kein Kind auf die Welt gebracht.

Es ist schon lange traurige Tatsache, dass in unserem reichen Land 96% der gemeldeten Abtreibungen mit der Begründung „Soziale Indikation“ erfolgten. Gemäß § 218 StGB ist eine Abtreibung grundsätzlich rechtswidrig, bleibt aber unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffrei, wenn die Schwangere eine Beratung absolviert hat. Nur Vier Prozent der Abtreibungen wurden 2022 aus medizinischen Gründen oder wegen eines vorliegenden Sexualdelikts vorgenommen.

3.900 Teilnehmer beim „Münchner Marsch fürs Leben“

(IDEA) – Am 25. März fand er bereits zum dritten Mal statt. Aus ganz Deutschland, Österreich, aber auch aus den Vereinigten Staaten waren Lebensschützer angereist. Sie wollten mit ihrer Demonstration „ein deutliches Zeichen für den Wert, die Würde und die Schönheit jedes Lebens“ setzen, wie es in einer Pressemitteilung des katholischen Vereins „Stimme der Stillen“ heißt. Der Marsch solle „alle Lebensschützer in München, Bayern und dem süddeutschen Raum vereinen und ein sichtbares Zeichen für das Leben setzen“. Das sei dringend nötig, da die Angriffe auf das Lebensrecht aller Menschen zunähmen, – insbesondere, wenn man Verlautbarungen der Bundesregierung zur geplanten Legalisierung von Abtreibungen betrachte, so die Vorsitzende des Vereins, Silja Fichtner. Sie zeigte sich auf der Kundgebung „überwältigt von der Resonanz und der Begeisterung der Teilnehmer. Dies ist ein wichtiges Signal an die Bundesregierung, das ungeborene Leben zu schützen, jedes Leben zu achten und die Pläne, Abtreibungen zu legalisieren, nicht weiterzuverfolgen“. Denn jedes Leben sei es wert, gelebt zu werden.

Der Vorstandsvorsitzende der christlichen Beratungsorganisation „Pro Femina“, Kristijan Aufiero, rief auf dem Münchner Königsplatz insbesondere die zahlreichen jugendlichen Teilnehmer dazu auf, „Liffluencer“ zu werden und eine „Kultur des Lebens“ zu bauen.

CDL Bayern gegen Abschaffung des Abtreibungsverbots

Vor Beginn des Marsches fand ein Studientag des bayerischen Landesverbandes der Christdemokraten für das Leben (CDL) zum Thema „Lebensschutz in Politik und Gesellschaft“ mit rund 180 Teilnehmern statt. Dessen Vorsitzende Christiane Lambrecht wies darauf hin, dass die Menschenwürde in Deutschland stark gefährdet sei. Das gelte etwa mit Blick auf eine mögliche Abschaffung oder weitere Aushöhlung des Verbots vorgeburtlicher Kindstötungen, die etwaige Einführung der

Leihmutterschaft, die auf EU-Ebene vorangetrieben werde, sowie für aktive Sterbehilfe und Eingriffe in das Erbgut des Menschen.

Unterstützung von Lebensrechtlern aus verschiedenen Ländern

Der Marsch wurde von weiteren Lebensrechtsinitiativen unterstützt, darunter von der „Aktion Lebensrecht für alle“ (ALfA) und deren Initiative „Jugend für das Leben“, der überkonfessionellen Gruppe „Sundays For Life“ (Greve), der weltweit aktiven Gebetsinitiative „40 Days for Life“ im US-Bundesstaat Texas, der studentischen Initiative „ProLife Europe“ sowie der Spanischen Petitionsplattform CitizenGo.

Die Polizei hat die Veranstaltungen mit rd. 300 Beamten abgesichert. Etwa 20 Gegendemonstranten versuchten den Marsch zu blockieren und mehrfach zu stören, was jeweils verhindert werden konnte.

Der nächste „Münchner Marsch fürs Leben“ soll am 13. April 2024 stattfinden.

Lebensrechtler kämpfen weiter für Hochschulgruppe

(IDEA) – Eine Lebensrechtsgruppe kämpft weiter um ihre Zulassung als Hochschulgruppe an der Universität Regensburg. Anfang November hat deren Trägerverein „ProLife Europe“ dem „Studentischen Sprecher*innenrat“ eine Petition für eine Akkreditierung überreicht. Die Studentenvertretung bekräftigte bei der Übergabe der fast 20.000 Unterschriften eine erneute Ablehnung

Zum Hintergrund: Sieben Studenten wollen an der Universität Regensburg mit Kommilitonen über Abtreibung diskutieren und über Hilfen im Schwangerschaftskonflikt informieren. Sie beantragten im Jahr 2021 die Zulassung als Unigruppe. Hierfür zuständig ist der „Studentische Sprecher*innenrat“. Er lehnte eine Zulassung ab.

Gegenüber IDEA begründete der Rat seine Entscheidung damit, dass Gruppen, die kommerziell und „aufgrund von rassistischen, sexistischen oder allgemein diskriminierenden Inhalten auffällig wurden“, nicht zugelassen würden. Die Vorwürfe wies „ProLife Europe“ gegenüber IDEA zurück und spricht von „Meinungszensur“.

Steiner zufolge soll offenbar die Abtreibungsdebatte an der Universität Regensburg keinen Platz finden. „Wir werden uns weder einschüchtern noch abspeisen lassen“, so Steiner.

Seit 2020 wurde „ProLife Europe“ nach eigenen Angaben von sechs Universitäten im deutschsprachigen Raum ausgeschlossen. Die Organisation ist mit 23 Gruppen in neun europäischen Ländern aktiv.

In Deutschland gebe es derzeit neun „ProLife Europe“-Gruppen mit jeweils bis zu 25 Studenten. Weitere Studentengruppen sollen an Universitäten gegründet und dafür geschult werden, das Leben auf der Grundlage von philosophischen, biologischen und ethischen Prinzipien zu verteidigen.

Evangelischer Kirchentag schließt Lebensschützer aus

(IDEA) – Der Deutsche Evangelische Kirchentag hat drei Lebensrechtsgruppen von der Teilnahme am Kirchentag in Nürnberg (7. bis 11. Juni) ausgeschlossen: die Organisationen „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA), KALEB („Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren“ und „Hilfe zum Leben“). Das bestätigte die Pressesprecherin des Kirchentages, Milena Vanini, gegenüber IDEA.

Die drei Gruppen wollten – wie bei früheren Kirchentagen – jeweils mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ ihre Arbeit vorstellen. Die Ablehnung sei nicht aufgrund ihrer Themen, sondern „aufgrund ihres Verhaltens bei vergangenen Kirchentagen“ erfolgt, erklärte Vanini. Eine konkretere Begründung nannte sie auf Nachfrage von IDEA nicht.

Auf dem „Markt der Möglichkeiten“ seien auch in Nürnberg Gruppen vertreten, „die Schwangerschaftsberatungen anbieten und lebensbejahende Positionen vertreten“, so die Sprecherin. Als Beispiele nannte sie etwa die katholische Schwangerschaftsberatungsorganisation „donum vitae“ (Geschenk des Lebens - ein Nein der Laien zum Nein des Papstes), den Fachverband für Sexualethik und Seelsorge innerhalb der Evangelischen Diakonie „Weißes Kreuz“ sowie die Organisation „Perle“ die Beratung über natürliche Empfängnisverhütung anbietet.

Möglicher Hintergrund: Konflikt in Dortmund

Hintergrund des Ausschlusses ist wohl ein Konflikt um den KALEB-Stand auf dem Kirchentag 2019 in Dortmund. Die Hallenleitung hatte die Verteilung von kleinen Modellen kritisiert, die die Größe des Embryos in der zehnten Schwangerschaftswoche zeigten. Damit sollte das immer wieder vorgetragene Argument widerlegt werden, dass bei einer Abtreibung lediglich „ein Zellhaufen abgesaugt“ werde.

Die Embryonen würden wie Massenware verteilt, und sie lägen in den Ecken herum, lautete der Vorwurf. Außerdem seien sie aus Plastik. In einem Gespräch mit der Marktleitung hatten die Vertreter von KALEB sich schließlich auf eine „defensive Verteilung“ der Modelle geeinigt.

ALfA-Vorsitzende Kaminski äußert Unverständnis

Die ALfA-Vorsitzende Cornelia Kaminski äußerte in einer Pressemitteilung Unverständnis über die Ablehnung der Lebensrechtsgruppen. Der Schutz des menschlichen Lebens in allen Phasen seiner Existenz sei die Aufgabe aller Christen und des Staates. Es sei „höchst verwunderlich, dass die Leitung des evangelischen Kirchentags beschlossen hat, ausgerechnet die ehrenamtlichen Organisationen auszuschließen, die sich genau dieser Aufgabe verschrieben haben und ihr unter hohem persönlichem Einsatz nachgehen“.

Trotz mehrfachen Bittens sei kein Präsidiumsmitglied des Kirchentages bereit gewesen, eine Begründung für den Ausschluss anzugeben oder der Bitte um ein klärendes Gespräch nachzukommen. ALfA sei seit Jahren auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Dabei sei es nie zu einer Verwarnung wegen der Verwendung von unangemessenem Material gekommen.

KALEB-Geschäftsführer Albrecht Weißbach erklärte zu dem Ausschluss gegenüber IDEA: „Die Wahrheit über die Würde des Menschen kann man nicht aufhalten, wer es versucht, gräbt sich selbst das Wasser ab.“ Ihm tue es weniger um die Einschränkung für KALEB leid, als vielmehr um die Kirche selbst, „die nun nach dem zweiten Glaubensartikel über den Erlöser Jesus Christus auch noch den ersten Glaubensartikel über den Schöpfer aufzugeben scheint“.

Spanien: Juristischer Erfolg für Lebensschützer in Spanien

(IDEA) – ACAI, der größte Betreiber von Abtreibungskliniken (Vereinigung akkreditierter Kliniken zur Schwangerschaftsunterbrechung) des Landes, ist wegen „irreführender Werbung“ verurteilt worden. Das berichtete die Nachrichtenagentur kathpress am 23. September unter Berufung auf eine Mitteilung der spanischen Vereinigung christlicher Rechtsanwälte (Abogados Cristianos).

ACAI, die Vereinigung von 32 Abtreibungskliniken, hatte auf ihrer Internetseite behauptet, dass Abtreibungen „risikolos“ seien. Der Oberste Gerichtshof bestätigte ein Urteil des Provinzgerichts von Oviedo, das damit rechtskräftig ist. Die Vereinigung ACAI darf nun beispielsweise nicht mehr in ihrer Werbung behaupten, dass Abtreibung „eine Operation ist, die keine Folgen hinterlässt“. Außerdem muss sie das Urteil auf ihrer Internetseite veröffentlichen und die Prozesskosten tragen.

Als Zeugen in dem Prozess hatten sich ein Gynäkologe, eine Chirurgin und ein Therapeut geäußert. Sie nannten als Abtreibungsfolgen unter anderem „psychische Störungen“, „Komplikationen, die den weiblichen Genitalbereich betreffen“ oder „Sterilität“, wenn auch in seltenen Fällen.

Ende August hatte Spaniens Ministerrat grünes Licht für eine weitgehende Liberalisierung der Abtreibung gegeben. So müssen öffentliche Krankenhäuser Abtreibungen anbieten. Zudem können Spanierinnen ab 16 Jahren ohne Einverständnis der Eltern einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Die katholische Kirche hatte das Gesetzesvorhaben heftig kritisiert.

Portugal: Parlament legalisiert aktive Sterbehilfe

(IDEA) – In Portugal ist aktive Sterbehilfe unter bestimmten Voraussetzungen künftig erlaubt. Mit einer deutlichen Mehrheit hat das Parlament am 12. Mai ein entsprechendes Gesetz verabschiedet: 129 der 230 Abgeordneten stimmten dafür, 81 Parlamentarier dagegen.

Das Gesetz gilt Medienberichten zufolge nur für Erwachsene, die unter „anhaltenden“ und „unerträglichen“ Schmerzen leiden und geistig in der Lage sind, die Entscheidung zur Sterbehilfe zu treffen.

Außerdem müssen Antragsteller portugiesische Staatsangehörige sein oder dauerhaft und legal im Land leben. So sollen Ausländer, die für Sterbehilfe nach Portugal reisen, diese nicht in Anspruch nehmen können. Zuvor eingereichte Gesetzentwürfe scheiterten am Veto des katholischen Staatspräsidenten, Marcelo Rebelo de Sousa.

Der portugiesischen Verfassung zufolge kann er dieses Recht zweimal in Anspruch nehmen. Jetzt ist er verpflichtet, den Mehrheitsbeschluss des Parlaments zu akzeptieren. Das Gesetz könnte im Herbst in Kraft treten.

Portugal ist damit nach Spanien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg das fünfte Land in der Europäischen Union, in dem aktive Sterbehilfe legalisiert wird.

Papst Franziskus kritisiert Entscheidung

Papst Franziskus bedauerte die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe in Portugal. Laut Domradio (Köln) sagte er in einer Ansprache am 13. Mai vor Mitgliedern der in Spanien beheimateten internationalen katholischen Frauengemeinschaft (UMOFC): „Ich bin heute am Tag der Marienerscheinungen von Fatima sehr traurig, weil in dem Land, in dem die Jungfrau erschienen ist, ein Gesetz zum Töten in Kraft tritt.“

Niederlande: Sterbehilfe erreicht neues Rekordniveau

(IDEA) - Das geht aus dem Jahresbericht 2022 der Euthanasie-Kontrollkommission hervor. Das Gremium prüft, ob ein Antrag auf aktive Sterbehilfe genehmigt oder abgelehnt wird.

Dem Bericht zufolge haben sich 8.720 Menschen auf eigenen Wunsch hin von Ärzten töten lassen. Das ist ein Anstieg von 13,7% gegenüber dem Vorjahr (7.666). Die Zahl entspricht damit 5,1% aller Todesfälle in den Niederlanden im vergangenen Jahr (2021: 4,5%).

Der überwiegende Teil war unheilbar an Krebs erkrankt (57,8%), gefolgt von Patienten mit einer Kombination mehrerer schwerer Erkrankungen (16,4%) und solchen mit Erkrankungen des Nervensystems wie Parkinson (7%). Während der Anteil der Antragsteller mit psychischen Störungen nahezu konstant bei etwa einem Prozent blieb, ist der Anteil derer mit Demenz seit Jahren langsam, aber stetig angestiegen (2022: 3,3%; 2021: 2,8%; 2020: 2,5%).

Das entsprechende Gesetz gilt seit 2002 für Menschen, bei denen ein auswegloses und untragbares Leiden festgestellt wurde. In den vergangenen 20 Jahren haben auf diesem Wege mehr als 91.000 Menschen in den Niederlanden den Tod gewählt.

Regierung will Sterbehilfe auf Kleinkinder ausweiten

Die niederländische Regierung hat unterdessen angekündigt, die aktive Sterbehilfe auch auf Kleinkinder auszuweiten. Nach Angaben des Innenministeriums geht es um eine „kleine Gruppe“ von fünf bis zehn Kindern pro Jahr. Bei ihnen reichten die Möglichkeiten der Palliativmedizin nicht aus, „um ihr Leiden zu lindern“.

Bereits jetzt können über Zwölfjährige in den Niederlanden Sterbehilfe beantragen. Bis zum Alter von 16 Jahren müssen die Eltern zustimmen.

„Die Niederlande zeigen mit diesem Schritt, dass sich eine Gesellschaft mit der organisierten Tötung von Menschen arrangieren kann“, erklärte der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Ein solches Angebot führe immer zur Ausweitung.

In Deutschland ist Sterbehilfe verboten, muss aber nach einem Urteil des Verfassungsgerichtes neu geregelt werden.

Gender-Ideologie

Fall Kentler: EKD gibt Studie in Auftrag

(IDEA) – Die EKD will eine Studie über den kritiklosen Umgang mit dem Sexualwissenschaftler Helmut Kentler (1928–2008) in Auftrag geben. Das bestätigte ein Sprecher der EKD gegenüber IDEA.

Hintergrund: Der auch in kirchlichen Kreisen lange Zeit angesehene Psychologe und Professor für Sozialpädagogik hatte Pflegekinder an pädophile Männer vermittelt und auch selbst missbraucht.

Von 1962 bis 1965 war er pädagogischer Referent des Studienzentrums für evangelische Jugendarbeit im bayerischen Josefstal. Bis 1999 war er dort jährlich für drei Wochen an Familienfreizeiten beteiligt und wurde bis 2001 zu Symposien und Fachgesprächen eingeladen.

Kentler wirkte außerdem regelmäßig auf Deutschen Evangelischen Kirchentagen mit. Er sprach und arbeitete auch an verschiedenen Evangelischen Akademien, darunter Bad Boll, Tutzing und Arnoldshain (heute: Evangelische Akademie Frankfurt). Dort war er von 1960 bis 1962 Jugendbildungsreferent.

2021 baten der Landeskirchenrat und der Landessynodalausschuss der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern um Entschuldigung für ihren kritiklosen Umgang mit ihm. Die Initiative dafür war von der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) ausgegangen.

KSBB: Das gesamte Umfeld muss aufgeklärt werden

Gegenstand der neuen Studie soll „die Verharmlosung von sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in den Diskussionen der Sexual- und Reformpädagogik ab den 1960er Jahren“ sein. Dabei sollen neben Kentler auch weitere Personen im Fokus stehen. Geplant ist zunächst eine Vorstudie, die Fragestellung und Quellen klären soll.

Der Vorsitzende der KSBB, Andreas Späth begrüßte gegenüber IDEA das Vorhaben. Weiter sagte er, die EKD müsse auch einen Schritt weitergehen und sich mit dem bis in die Gegenwart reichenden Einfluss der pädosexuellen Netzwerke um Kentler auseinandersetzen. „Das gesamte Umfeld muss aufgeklärt werden“. (s. auch www.lgm-info.de ⇒ Infobrief 2023-1).

Geschlechtsdefinition an der Biologie festmachen

(IDEA) – Die britische Regierung will künftig die Definition von „Geschlecht“ rein biologisch festmachen. Das berichtet „Die Welt“ (17. April). Premierminister Rishi Sunak (Konservative Partei) habe

erklärt, eine Änderung des Gleichstellungsgesetzes in Erwägung zu ziehen. Damit sollen klare Regeln für unterschiedliche Bereiche geschaffen werden. So würde z.B. damit künftig einer Transfrau, die biologisch betrachtet ein Mann ist, der Zutritt zu einer Frauenumkleide verwehrt sein. Derzeit sei dies nur in Ausnahmefällen möglich.

Auch der liberale Parteichef Keir Starmer unterstützt Sunak in seinem Vorhaben und erklärte zur Definition einer Frau: „99,9% der Frauen haben keinen Penis.“ Die Rechte von Transmenschen dürften sich nicht über jene der Frauen hinwegsetzen. Damit bezieht er sich auf eine anhaltende Debatte darüber, dass Männer sich mit dem Argument, eine Transfrau zu sein, Zugang zu Fraueneinrichtungen erschleichen könnten. Die Gesetzesreform würde die Rechte von Transmenschen in diesen Punkten einschränken, um Frauen besser zu schützen.

Es kommt in Großbritannien bezüglich der Rechte von Transmenschen immer wieder zu hitzigen Debatten in Politik und Gesellschaft. Erst im Januar hatte die britische Regierung ihr Veto eingelegt, um eine sehr umstrittene Vereinfachung von Geschlechtsänderungen in Schottland zu blockieren. Mit dem im Dez. 2022 verabschiedeten Gesetz wäre eine Änderung des Geschlechtseintrags ohne bisher benötigtes psychologisches Gutachten möglich. Zudem wäre das dafür nötige Alter von 18 auf 16 Jahren herabgesetzt worden. Ähnliches sieht das noch in diesem Jahr geplante Gleichstellungsgesetz in Deutschland vor.

Kritiker verweisen auf genau das Problem, das Sunak mit seiner Gesetzesreform beseitigen möchte: der vereinfachte und unbefugte Zugang von Männern in Fraueneinrichtungen. Befürworter des Gesetzes hingegen verweisen darauf, dass dies auch jetzt schon möglich sei – schließlich würden keine Passkontrollen durchgeführt.

Schweiz und andere Länder: Verbot von Geschlechtsumwandlungen gefordert

(IDEA) - Die Stiftung „Zukunft CH“ fordert ein Verbot von Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen. Die Stiftung „Zukunft CH“ fordert ein Verbot von Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen. Wie es in einer Musterpostkarte an den für das Eidgenössische Departement des Innern (vergleichbar dem Innenministerium) zuständigen Bundesrat Alain Berset heißt, sei es Zeit, dass die Schweiz endlich einschreite. Andere Staaten hätten bereits Maßnahmen ergriffen.

Zum Hintergrund: Die Nationale Behörde für Gesundheit und Wohlfahrt in Schweden hat im Februar 2022 eine neue Richtlinie veröffentlicht. Beim Einsatz von Pubertätsblockern oder gegengeschlechtlichen Hormonen bei Patienten unter 18 Jahren wird seitdem Zurückhaltung empfohlen, da die Risiken den Nutzen einer solchen Behandlung überwögen.

Finnland hat seine Behandlungsrichtlinien bereits im Juni 2020 angepasst. Seither soll bei Kindern mit Geschlechtsdysphorie (die Empfindung, mit dem falschen Geschlecht geboren worden zu sein) eher auf Psychotherapie statt auf Hormonbehandlungen und chirurgische Eingriffe zurückgegriffen werden.

Außerdem muss die Tavistock-Klinik in England, die auf Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen spezialisiert war, ihren Betrieb einstellen. Grund waren massive Vorwürfe gegen die Genderklinik, dort würden Kinder und Jugendliche zu Geschlechtsumwandlungen gedrängt und zu schnell mit Pubertätsblockern behandelt.

In Frankreich veröffentlichten im September 2021 mehr als 50 Mediziner, Psychiater und Psychologen sowie prominente Feministinnen, Philosophen, Juristen und Soziologen eine gemeinsame Stellungnahme, in dem sie vor den Folgen von Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen warnten.

Die Schweiz soll nachziehen

In der Schweiz würden jedoch bei dieser Gruppe weiterhin chirurgische Eingriffe wie Brustamputationen durchgeführt und Pubertätsblocker und Hormone verabreicht, wie es in dem Text der Stiftung weiter heißt. Laut der „Society for Evidence based Gender Medicine“ (Gesellschaft für evidenzbasierte Gendermedizin) – eines internationalen Zusammenschlusses von mehr als 100 Medizinern und Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachbereichen, die sich mit Genderdysphorie beschäftigen – führten Pubertätsblocker und gegengeschlechtliche Hormone jedoch zu irreversiblen Langzeitfolgen. Dazu gehörten unter anderem massive Auswirkungen auf das Wachstum, brüchige Knochen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Unfruchtbarkeitsrisiken.

Normale Vorgänge wie die körperliche und geschlechtliche Verunsicherung während des Heranwachsens würden vorschnell zur „Transidentität“ erklärt. Es folgten Namensänderungen, Hormontherapien und Operationen. Eltern, die dem Geschlechtswechsel kritisch gegenüberstünden, würden massiv unter Druck gesetzt. „Wie sollen minderjähri-

ge Mädchen und Jungen, welche sich noch mitten in der Entwicklung befinden, imstande sein, solch gravierende Entscheidungen zu treffen, die ihr ganzes Leben verändern und irreversibel sind?“

Immer mehr bereuen die Geschlechtsumwandlung

Alarmierend sei dabei bereits die wachsende Zahl von Betroffenen, die ihren Geschlechtswechsel bereuen. Deshalb fordert die Stiftung „umgehend ein gesetzliches Verbot des Einsatzes von Pubertätsblockern, Hormonbehandlungen und chirurgischen Eingriffen im Hinblick auf einen Geschlechtswechsel bei Minderjährigen!“

Die Stiftung „Zukunft CH“ mit Sitz in Engelberg (Innerschweiz) setzt sich laut eigenen Angaben für die „Respektierung der Menschenrechte (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948) und den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Schweiz“ ein. Sie will außerdem „eine schleichende Einführung der Scharia verhindern, zukunftsstragende Werte vermitteln und die Familie als Grundpfeiler der Gesellschaft stärken“.

Aufgelesen

(FAZ) USA: Die Bibel aus Schulen und Bibliotheken verbannen?

Im amerikanischen Bücherverbotsfieber hat es jetzt das meistverkaufte Buch aller Zeiten erwischt. Ein offenbar von den ausufernden Verboten frustrierter Elternteil hatte im Dezember des vergangenen Jahres beklagt, dass bei den Bemühungen einer Elterngruppe namens ‘Utah Parents United’, gewisse Bücher aus Schulen und Bibliotheken zu verbannen, die Bibel als eines der „am schlimmsten von Sex beherrschten Bücher überhaupt“ übersehen worden sei. Aus dem Spott wird nun Ernst. ☞ Was passiert ist, nachzulesen auf [linkin.bio/faz](https://www.faz.net).

Veranstaltungshinweise

- **14. -16. Juli 2023: Vater-Sohn-Experience**

im CVJM Aktivzentrum Hintersee (bei Berchtesgaden) u.a.
mit Daniel Kalkus und Martin Ulsenheimer

www.promission-deutschland.de

- **14. -16. Juli 2023: Bibelfreizeit "Gefüllte Zeit"** - Ostern und Pfingsten biblisch betrachtet u.a. mit Pfr. Dr.: Dietrich Blaufuß, Pfr. Michael Granzin und Pfr. Tristan Schuh Neuendettelsau, Veranstalter: Gesellschaft f. Mission i.S. der luth. Kirche
www.gesellschaft-fuer-mission.de

- **21. - 23. Juli 2023: Jahrestagung der KSBB: "Ich denke, deshalb glaube ich. In Christus liegen verborgen alle Schätze der Weisheit und Erkenntnis"** u.a. mit Prof. Dr. Jacob Thiessen und Prof. Dr. Harald Seubert in Berching (Abtei Plankstetten)
www.ksbb-bayem.de
- **16. September 2023: Marsch für das Leben in Berlin**
Ökumenischer Oberfranken-Bus u.a. ab Forchheim, Heiligerstadt, Münchberg info/Anmeldung bei Pfarrer.Martin.Kuehn@web.de, Tel. 09191-7941433 www.marsch-fuer-das-leben.de
- **03. Oktober 2023: Regionale Christustage in Bayern u.a. in Bayreuth, Hersbruck, Lichtenfels und Lohr a. Main.**
- **13. -15. Oktober 2023: Hoffnungsvoll glauben - angesichts von Leid und Dunkelheit** u.a. mit Diakonin Silvia Jöhring-Langert in Schloss Craheim, Stadtlauringen www.gge-deutschland.de

Literaturhinweis

IDEA ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind. Sie möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

IDEA Das Magazin erscheint wöchentlich (48 Hefte p.a.) mit aktuellen Informationen, Reportagen und Hintergrundberichten.

Abo-Kosten monatlich (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands):

€ 10,95 **IDEA Das Magazin (gedruckte Ausgabe)**

€ 8,00 **IDEA Digital** (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone),
vier Wochen lang für € 1,00

€ 11,95 **IDEA PREMIUM** (Print- und Digitalabo)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können IDEA Das Magazin unter www.idea.de/premium kostenlos vier Wochen testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch, per E-Mail oder Internet möglich:

Tel. (06441) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken für die Spenden, die Druck und Versand dieses InfoBriefes ermöglichen.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

In eigener Sache

Besonders mit Rücksicht auf unsere älteren Leser haben wir für die InfoBriefe ab 2023-1 eine größere Schrift gewählt. Das erfordert erheblich mehr Platz, als bisher – aber wir hoffen, dass es hilfreich ist und dass Sie auch diesen InfoBrief mit Gewinn lesen.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten **LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V.** herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes). Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller kostenlos nachbestellt werden.